Estland

Andres Kasekamp[1]

Innenpolitik

Im März 2014 nahm das Kabinett unter Taavi Rõivas, Parteichef der estnischen Reformpartei, nach dem Rücktritt des bisherigen Ministerpräsidenten Andrus Ansip seine Arbeit auf. Zu den Erfolgen der neuen Regierungskoalition, bestehend aus der Reformpartei und den Sozialdemokraten, zählte insbesondere das erste in Zentral- und Osteuropa verabschiedete Gesetz zur Einführung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare. Außerdem führte sie das weltweit erste „e-residency"-Programm, eine Art elektronische Zweit-Bürgerschaft für Ausländer, ein, die den Zugang zu den meisten behördlichen Online-Dienstleistungen in Estland ermöglicht. Ziel ist es, unternehmerische Gründungsinitiativen aus dem Ausland nach Estland zu locken. Zudem erleichterte die Regierung die Bestimmungen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft für Kinder und Senioren.

Die Reformpartei gewann am 1. März 2015 mit einem Stimmenanteil von 28 Prozent die estnischen Parlamentswahlen. Größte Oppositionspartei wurde abermals die Zentrumspartei mit 25 Prozent der Wählerstimmen. Die meisten Stimmenverluste erlitten die Sozialdemokraten mit nur noch 15 Prozent und die Union des Pro Patria und Res Publica (IRL) mit 14 Prozent. Die zunehmende Unzufriedenheit mit den Parlamentsparteien verdeutlichte sich in den Wahlergebnissen zweier Protestparteien, die die Fünf-Prozent-Hürde überwanden: Die Freie Partei, die sich insbesondere für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung einsetzt, gelang mit 9 Prozent der Wählerstimmen und der Nationalkonservativen Partei mit 8 Prozent als erste euroskeptische Partei der Einzug ins Parlament. Die Wahlbeteiligung betrug insgesamt 64 Prozent. Der Wähleranteil derer, die landesweite elektronische Stimmenabgabe nutzten, ist in diesen Wahlen auf nahezu ein Drittel angewachsen. Edgar Savisaar, der zugleich Parteichef der oppositionellen Zentrumspartei ist, erzielte als Favorit der russischsprachigen Bevölkerung mit seinem Direktmandat die höchste Zahl an Wählerstimmen.

Die Koalitionspartner wie auch die Bevölkerung zeigten wenig Enthusiasmus für die von Rõivas gebildete Regierung aus seiner Reformpartei, den Sozialdemokraten und IRL. Das Kabinett bestand hauptsächlich aus zwar überwiegend sehr jungen Parteisoldaten, doch der Frauenanteil blieb sehr gering. Mit Blick auf die Führungspositionen übernahm der Sozialdemokrat Sven Mikser erneut das Amt des Verteidigungsministers und Keit Pentus-Rosimannus (Reformpartei) das des Außenministers. Urmas Reinsalu, Parteichef der IRL, wurde zum Justizminister und Sven Sester (IRL) zum Finanzminister ernannt. Eiki Nestor (Sozialdemokraten) blieb Parlamentspräsident. Das Regierungsprogramm der Koalition schien ein wenig überzeugender Kompromiss zu sein, der weder substanzielle Reformen noch neue Ziele beinhaltete. Besonders die Ankündigung, die Treibstoffsteuer zu erhöhen, rief in der Öffentlichkeit große Empörung hervor.

1 Übersetzt aus dem Englischen von Julia Klein.

Außenpolitik

Estlands Beziehungen zu Russland, die sich mit der Unterzeichnung des Grenzvertrages im Februar 2014 positiv stabilisiert hatten, verschlechterten sich rapide mit der russischen Annexion der Krim im März 2014. Die Aussage des russischen Präsidenten Putins, dass Russland das Recht habe, überall und jederzeit militärisch zu intervenieren, um „russischsprachige Bürger zu schützen“,[2] löste in Estland aufgrund seiner großen russischen Minderheit schwere Befürchtungen aus. Estland rief die internationale Gemeinschaft dazu auf, entschieden auf die Völkerrechtsverletzungen vonseiten Russlands zu reagieren. Die NATO stationierte daraufhin erstmals Kampfflugzeuge auf dem Luftwaffenstützpunkt Ämari in Estland. Zudem gab Estland 2014 2 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben aus, wodurch es zu den wenigen NATO-Mitgliedern zählte, die den von der NATO empfohlenen Verteidigungsetat ausschöpften. Der NATO-Gipfel in Wales im September 2014 beschloss zwar die Einrichtung einer Schnelleingreiftruppe, jedoch wurde der Aufbau von ständigen Militärbasen in den baltischen Staaten zum Missfallen Estlands abgelehnt. Für Estlands Präsidenten Toomas Ilves seien die Einschränkungen der NATO-Russland-Grundakte von 1997 nicht länger gültig, da Russlands Militäraktionen und dessen Einschüchterungskurs im baltischen Ostseeraum das „gegenwärtige“ Sicherheitsumfeld dramatisch beeinträchtigt hätten.[3] Im letzten Jahr kamen zahlreiche Fälle vor, in denen russische Kampfflugzeuge mit ausgeschalteten Transpondern so nah an den estnischen Luftraum flogen, dass Estland den zivilen Flugverkehr gefährdet sah.

Europapolitik

Estland unterstützte ausdrücklich die im Zuge der Annexion der Krim beschlossenen EU-Sanktionen gegen Russland. Als Mittel der Abschreckung gegen weitere militärische Aggressionen Russlands nahm es in Kauf, dass die eigene Wirtschaft, insbesondere in den Bereichen Transport, Tourismus und Landwirtschaft, durch die Sanktionen beeinträchtigt werden. In der Europäischen Union unterstützte Estland weiterhin Initiativen, die für Cybersicherheit, Energieversorgungssicherheit, Östliche Partnerschaft, Transparenz, Innovation und Binnenmarkt eintraten, und blieb ein überzeugter Befürworter der EU-Erweiterung. Die Zusammenarbeit mit anderen baltischen und nördlichen Staaten als regionaler Ostsee-Block innerhalb der Europäischen Union wurde weiter ausgebaut. Das Leuchtturmprojekt in der Europapolitik der Regierung ist die Schaffung eines gemeinsamen digitalen Binnenmarkts, schließlich ist Estland führend in der IT-Branche. Eine weitere Priorität stellt der Ausbau von regionalen Verbindungswegen, vor allem im Energie- und Transportsektor, dar. Estland, Lettland und Litauen einigten sich auf den Bau der Rail Baltic, einem Hochgeschwindigkeitszug, der sie mit Zentraleuropa verbinden soll. Estland und Finnland beschlossen den Bau einer unterseeischen Gaspipeline (Balticonnector), allerdings kam es zu keiner Einigung bezüglich des Baus eines Terminals für verflüssigtes Erdgas (LNG).

Ansip erhielt in der Europawahl 2014 die meisten Wählerstimmen, wurde jedoch im November 2014 zum Vizepräsident und neuen Kommissar für den Bereich Digitaler Binnenmarkt der Europäischen Kommission ernannt. Sein Nachfolger wurde Urmas Paet, der sein langjähriges Amt als Außenminister niederlegte.

2 David M. Herszenhorn: Putin Warns Again of Force as Ukraine Fighting Spreads, in: New York Times, 1.7.2014.

3 Christoph von Marschall/Claudia von Salzen: Estlands Präsident warnt vor Lockerung der Russland-Sanktionen, in: Der Tagesspiegel, 6.11.2014.